



Gemeinderat

Protokoll Nr. 06/2015

Datum Donnerstag, 8. Oktober 2015

Dauer 15:00 - 19:00 Uhr

Anwesend

Präsident Christian Durisch

Mitglieder Romano Cahannes
Rita Cavegn Hänni
Mario Cortesi
Guido Decurtins
Tina Gartmann-Albin
Stefan Grass
Oliver Hohl
Dr. Dominik Infanger
Dr. Jürg Kappeler
Dr. Carla Maissen

Anita Mazzetta
Adrian J. Meier
Dr. Jean-Pierre Menge
Dr. Andri Mengiardi
Dr. Hans Martin Meuli
Beath Nay
Dr. Giancarlo Sala
Michael Trepp
Susanne von Rechenberg
Martha Widmer-Spreiter

Stadtrat Stadtpräsident Urs Marti
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Tom Leibundgut

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder





Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 10. September 2015
2. Vereidigung eines neuen Gemeinderatsmitglieds
3. Botschaft Neubau Kindertagesstätte Montalin
4. Botschaft Städtische Volksinitiative "Für mehr bezahlbaren Wohnraum"
5. Auftrag Anita Mazzetta und Mitunterzeichnende für eine kommunale Planung für Anergienetze; Bericht
6. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)

1. Protokoll der Sitzung vom 10. September 2015

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

2. Vereidigung eines neuen Gemeinderatsmitglieds

Gemeinderat Dr. Andri **Mengiardi** (FDP) legt vor dem Gemeinderatspräsidenten den Eid ab.

3. Botschaft Neubau Kindertagesstätte Montalin

Antrag

1. *Das Projekt Neubau Kindertagesstätte Montalin wird genehmigt und ein Bruttokredit von Fr 2'590'000.-- (inkl. MwSt, Kostenstand April 2015, Genauigkeit +/- 10 %, Konto 5040.01, Kostenstelle 55.9010 "KITA Montalin") bewilligt.*
2. *Der Kredit untersteht gestützt auf Art. 12 Abs. 1 lit. b Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.*



- **Rückweisungsantrag Cahannes**

Das Angebot sei gesetzlich vorgeschrieben, der Bedarf ausgewiesen, führt **Cahannes** aus. Der gravierende Mangel der Botschaft sei, dass sie die gesetzliche Grundlage falsch interpretiere. Kitas müssten nicht am jeweiligen Schulstandort betrieben werden, wie dies suggeriert werde. Die Botschaft sei deshalb inhaltlich ungenügend, weil auch die Folgerungen für Alternativen falsch beurteilt bzw. diese nicht seriös geprüft würden. Dazu seien objektive Aussagen gefordert, die im Rahmen der Schulraumplanung zu klären seien.

Für den Rückweisungsantrag wird argumentiert, man müsse sich fragen, ob man sich diese Anspruchshaltung auch leisten könne. Es solle nicht aktiv akquiriert werden, und ein Kniefall vor den Bedürfnissen der Eltern sei zu vermeiden. Der Gesamtkredit für die Kita sei einmal bei 1.35 Mio. Franken gelegen, jetzt diskutiere man über 2.6 Mio. Franken. Es brauche eine saubere Ausgangslage, und man kaufe nicht die Katze im Sack. In diesem Zusammenhang sei auch eine Diskussion über Kosten und Standards zu führen. Der mit der vorliegenden Botschaft aufgebaute Druck sei kontraproduktiv. Zudem fehlten auch die Investitionsfolgekosten - erinnert wird an die „Preisschild“-Debatte sowie an die im Rahmen von ALÜ 2.0 präsentierte Liste mit den vom Gemeinderat beschlossenen jährlichen Mehrausgaben. Zu bedenken sei, dass mit höheren Betriebskosten auch der Druck auf die Beiträge der Eltern zunehme - in diesem Zusammenhang wird die Frage nach den Auswirkungen auf die Tarifstruktur gestellt. Kritisiert wird ferner, dass sich die Ausgaben für Kitas bislang nicht in erhöhten Steuereinnahmen niederschlugen, weshalb die Frage gestellt wird, in wie vielen Fällen auch wirklich beide Elternteile berufstätig sind.

Gegen den Antrag wird argumentiert, dass die aktuelle Situation mit den verschiedenen Standorten mit hohen Kosten verbunden sei. Zudem dürften die Quartiere nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Rückweisung würde als Geringschätzung des gesetzlichen Auftrags interpretiert. Auch bestünden heute schon Standorte, die mehreren Schulen dienten. Die nachgereichte „Umsetzungsstrategie Kindertagesstätten“ wird als tauglich bezeichnet. Vorliegend werde nicht über die Gesamtplanung entschieden, zudem sei der Standort gegeben - wohin man sonst mit den Kindern wolle. Die Schulraumplanung sei im Budget 2016 vorgesehen.



Stadträtin Doris Caviezel-Hidber stellt fest, dass bezüglich Bedarf Einigkeit besteht. Bei den restlichen Argumenten für eine Rückweisung gehe es um Luftfechtereien. Im Zentrum stünden das Wohl des Kindes und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Gesellschaft habe sich verändert, und wie sich die Familien organisierten, sei ihre Sache. Beim Montalin handle es sich um ein Zweizügerschulhaus, das über keine Gruppenräume verfüge; die schulischen Heilpädagoginnen und -pädagogen müssten aktuell auf dem Gang arbeiten. Zurzeit würden zweieinhalb Klassen geführt, was die Problematik verschärfe. Dieser Zustand werde noch zwei bis drei Jahre anhalten, dann gingen die Schülerzahlen zurück. Die Kita biete aktuell Raum für 15 Kinder. Da die entsprechende Infrastruktur fehle, erfolge die Verpflegung auswärts (Villa Sarona, Kita Masans, Rest. Turnerwiese). Für die Betreuung müsse auf die Schulzimmer zurückgegriffen werden, was betrieblich nicht optimal sei. Ursprünglich sei ein Pavillon nur für 28 Kinder geplant gewesen, was den Kostenunterschied zur Vorlage erkläre. Eine vertiefte Analyse habe zum Entscheid Festbaute anstelle Pavillon geführt. Der heutige Betrieb sei aus den erwähnten Gründen aufwändig und kostspielig, da mehr Personal erforderlich sei. Eine Rückweisung sei nicht haltbar und führe zu sehr grossen betrieblichen Problemen und zu einer Unruhe bei den Lehrpersonen. Generell sei mit einem Zuwachs an Betreuung zwischen fünf und zehn Prozent zu rechnen. Die aktuelle Situation sei für die Kinder unzumutbar, da sie nicht zur Ruhe kämen. Die Standortwahl bei den Schulhäusern habe einen Grund. Es bestünden grosse Unsicherheiten, welche Kinder künftig betreut werden müssten. Erfahrungszahlen aus anderen Städten zeigten, dass mit dreimal mehr Plätzen als heute zu rechnen sei. Beim Montalin baue man auf Erfahrungswerte. Verglichen mit den anderen Standorten besuchten mehr Kinder weniger lang die Kita Montalin. Gewisse Wochentage seien stärker besucht, die Mittagszeiten ebenfalls. Mit Platz für 56 Kinder werde der Bedarf mit Sicherheit abgedeckt. Die Abklärungen hätten zwei Jahre in Anspruch genommen. Es sei Ausschau gehalten worden nach einem Standort für rund 60 Kinder, was nicht einfach sei. Alle Anfragen (beim Kanton, bei den Alters- und Pflegeheimen, bei der Tagesschule in der Loestrasse) seien abschlägig beantwortet worden. Die Schulnähe ermögliche zahlreiche Synergien, etwa in den Bereichen Aussenräume, Turnhallen und Schulnutzungen wie auch bei der Betreuung von Kindern, die sich vom Religionsunterricht dispensieren lassen. Bei anderen Schulhäusern seien gemeinsame Kitas bereits heute Realität (Alterssiedlung Bodmer für die Schulhäuser Nikolai und Türligarten sowie den zugehörigen Kindergärten, Kita Daleu für die Schulhäuser Daleu und Herold sowie den zugehörigen Kindergärten), und auch das geplante Schulhaus Ringstrasse werde ein grösseres Einzugsgebiet haben. Es brauche bis zu 500



Betreuungsplätze, da rede man über vier zwei- bis dreistöckige Zentren, da könne man dann über die Kosten diskutieren. Die Frage sei auch, ob man bereit sei, zentrale Standorte für solche Nutzungen zur Verfügung zu stellen, etwa das Stadtbaumgarten-Areal. Solche differenzierten Abklärungen seien auch kostspielig. Hinzu komme, dass die Stadt zu sicheren Schulwegen verpflichtet sei und allenfalls Fahrdienste notwendig würden. Die Stadt sei zu abgestuften Tarifen verpflichtet, und diese dürften nicht unerschwinglich werden, da dies dazu führe, dass nur noch vermögende Familien und Familien mit niedrigsten Einkommen das Angebot nützen könnten. Dies hätte auch den unerwünschten Nebeneffekt, dass die Stadt vermehrt Sozialhilfe zahlen müsste. Die Tarife seien auf das Schuljahr 2015/2016 bereits erhöht worden und lägen über dem schweizerischen Mittelwert. Was die geforderte Berufstätigkeit beider Ehegatten angehe, so frage sich, wie liberal man sein wolle. Zu bedenken sei auch, dass viele Frauen ehrenamtliche Aufgaben wahrnehmen.

Stadtrat Tom Leibundgut führt aus, Standards für Kitas gebe es im Kanton Graubünden nicht, weshalb man sich an den tiefsten der Stadt Zürich orientiert habe. Vorliegend habe man 3.3 m² pro Kind zur Verfügung, bei Krippen laute die Vorgabe 5 m² pro Kind. Zwar könnten noch Einsparungen vorgenommen werden, etwa bei der Lüftung, doch würde sich damit die Funktionalität des Baus verschlechtern. Für die Schulraumplanung sei neu das Departement 1 zuständig, und personelle Veränderungen hätten zu Verzögerungen geführt.

Abstimmung:

Das Projekt Neubau Kindertagesstätte Montalin wird mit 12 Ja- zu 9 Nein-Stimmen zurückgewiesen.

4. Botschaft Städtische Volksinitiative "Für mehr bezahlbaren Wohnraum"

Antrag

1. *Die Volksinitiative "Für mehr bezahlbaren Wohnraum" wird als rechtsgültig erklärt.*
2. *Die Volksinitiative "Für mehr bezahlbaren Wohnraum" wird der Volksabstimmung zur Ablehnung empfohlen.*



3. *Der Volksinitiative wird zuhanden der Volksabstimmung ein Gegenvorschlag im Sinne einer Teilrevision der Stadtverfassung gegenübergestellt:*

c) Förderung von bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum

Art. 4a (neu)

¹*Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von preisgünstigen und qualitativ hochwertigen Wohnungen und Gewerberäumen ein.*

²*Sie sorgt auch für eine Erhöhung der Anzahl Wohnungen, die sich im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern befinden, die ohne Gewinnabsichten dem Prinzip der Kostenmiete verpflichtet sind.*

Für die Volksinitiative wird argumentiert, es bestehe auch in Chur eine hohe Nachfrage nach preiswertem Wohnraum. Zwar gebe es wenig Zahlenmaterial zum Churer Wohnungsmarkt, eine Studie von Wüest & Partner belege jedoch ein hohes Preisniveau im Vergleich zur Kaufkraft. Vor allem Familien könnten sich Wohnraum in Chur immer weniger leisten. Die Folge seien wachsende Pendlerströme, Zersiedelung und Schlafdörfer. Der Stadtrat anerkenne in seiner Botschaft, dass vermehrte Anstrengungen im Bereich Wohnraum nötig seien. Die Volksinitiative sei sehr moderat, und sie schreibe nicht vor, wie das Ziel zu erreichen sei. Die Erfahrung zeige, dass bezahlbarer Wohnraum am ehesten durch gemeinnützige Wohnbauträger, meist Genossenschaften, Aktiengesellschaften oder Stiftungen, erstellt werden könne. Die Volksinitiative ziele auf einen Anteil an gemeinnützigen Wohnungen und nicht Wohnbauträgern. Die Aussage in der Botschaft, dass das Ziel allein mit gemeinnützigen Wohnbauträgern erreicht werden solle, sei daher falsch. Beim Gegenvorschlag handle es sich um eine unverbindliche Absichtserklärung.

- **Antrag Hohl**

Gegenvorschlag Gemeinderat

„c) Förderung von bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum

Art. 4a (neu)

¹*Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von zahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnungen und Gewerberäumen ein.*

²*Sie sorgt auch für eine Erhöhung der Anzahl Wohnungen, die sich im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern befinden.“*



Die Hauptfrage, ob wir in Chur hohe Mieten hätten, lasse sich nicht einfach beantworten, da dafür die Zahlenbasis zu dünn sei, begründet **Hohl** seinen Antrag. Hingegen habe Chur einen zu tiefen Leerwohnungsbestand. Dieser werde aber in nächster Zeit sicherlich abnehmen, bedenke man die mehreren hundert Wohnungen, die zurzeit im Bau seien. Die Wohnungspreise würden deshalb zwangsläufig unter Druck kommen, denn Chur sei nicht Zürich. Der Gegenvorschlag des Stadtrates gehe in die richtige Richtung, denn Quoten und Zeitvorgaben gehörten nicht auf Verfassungsstufe. Hingegen seien die Begriffe „preisgünstig“ und „Kostenmiete“ abzulehnen. Die Initianten wollten keine Rendite, was ein Trugschluss sei, denn auch gemeinnützige Genossenschaften müssten Gewinn machen können. Die entscheidende Frage sei, was mit dem Gewinn geschehe. Behalte die Gesellschaft den Gewinn und reinvestiere diesen, dann erfülle sie das Kriterium der Gemeinnützigkeit gleichwohl. Das zeige, dass das Kriterium der Kostenmiete kontraproduktiv sein könne. Sein Gegenvorschlag ersetze „preisgünstig“ durch „zahlbar“ und streiche den zweiten Halbsatz in Absatz 2.

Infanger spricht sich namens der FDP-Fraktion gegen die Volksinitiative aus. Sie würden zwar den Gegenvorschlag heute zur Abstimmung empfehlen, dies jedoch nur, um die Volksinitiative an der Volksabstimmung zu schwächen. Sie würden letztlich sowohl Volksinitiative als auch Gegenvorschlag bekämpfen. Einmal mehr stelle sich die Frage, wie viel Regulierung es im Mietmarkt brauche. Die Prämisse der Initianten sei, dass es zu wenig bezahlbaren Wohnraum habe. Nur falls dies zutreffe, sei auf die Initiative einzutreten. Ob die Prämisse allerdings zutreffe, sei weder der Botschaft noch dem Argumentarium der Initianten zu entnehmen. Der Verdacht liege daher nahe, dass es sich um blinden Aktivismus handle, mit welchem die SP Initiativen aus anderen Städten aufwärme. Die Wohnsituation in Chur sei aber nicht mit anderen Schweizer Städten vergleichbar. Die Stadt verfüge bereits über ein Gesetz, welches genau denselben Zweck verfolge. Zudem sehe das Obligationenrecht mit einem entsprechenden Instrumentarium Mietbremsen vor. Die Zielvorgabe in der Übergangsbestimmung töne wie eine Drohung und würde bedeuten, dass jede achte Wohnung dem Markt entzogen würde. In der Folge weist Infanger auf zahlreiche negativen Auswirkungen hin, die bei einer Annahme der Volksinitiative eintreten könnten.

- **Antrag Kappeler**

Gegenvorschlag Gemeinderat



1. c) Förderung von bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum
2. Art. 4a (neu)
3. ¹Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von preisgünstigen und qualitativ hochwertigen Wohnungen und Gewerberäumen ein.
4. ²Sie sorgt für eine ~~stete~~ Erhöhung der Anzahl Wohnungen, die sich im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern befinden, die ohne Gewinnabsichten dem Prinzip der Kostenmiete verpflichtet sind.
5. Übergangsbestimmungen zu Art. 4a
6. Art. 58 (neu)
7. ¹Die Stadt setzt sich als vorläufiges Ziel innert 25 Jahren nach Annahme der Initiative durch das Stimmvolk einen Anteil von gemeinnützigen Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand (ausgenommen von dieser Berechnung sind Einfamilienhäuser und selbstgenutztes Wohneigentum) von mindestens 12 Prozent zu erreichen.
8. ²Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat während der in Abs. 1 genannten Frist alle vier Jahre Bericht über das Erreichen dieser Ziele; namentlich über die Entwicklung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen, zahlbaren Gewerberäumen sowie über die getroffenen Massnahmen zum Erhalt und zur Förderung preisgünstiger oder gemeinnütziger Wohnungen."

Kappeler verweist auf die Botschaft, gemäss welcher auch der Stadtrat Handlungsbedarf sieht. Es gehe nicht darum, ob man genaue Zahlen habe, sondern um die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Wenn Marktverzerrungen stattfänden, sei es die Pflicht der Liberalen, lenkend einzugreifen.

Gegen die Initiative wird argumentiert, dass es sich um einen ausformulierten Verfassungsartikel handle. Diese Problematik wird an der Schwierigkeit illustriert, die Kostenmiete zu definieren, ein Begriff, für den keine gesetzliche Definition existiere. Aus diesem Grund gehörten solche Begriffe nicht auf Verfassungsstufe, sondern in ein Gesetz.



Decurtins führt namens der SP-Fraktion aus, sie würden die Volksinitiative zugunsten des Gegenvorschlags Kappeler zurückziehen. Mit dem erwähnten Gesetz sei zu wenig passiert, zudem sei es widersprüchlich, wenn man auf dieses Gesetz verweise, gleichzeitig aber den Gegenvorschlag unterstütze.

Der **Stadtpräsident** verweist einleitend auf Ziff. 1 des stadträtlichen Antrags, wonach die Volksinitiative als rechtsgültig erklärt werden soll. Der Stadtrat anerkenne die Stossrichtung der Initiative im Grundsatz. Da die Verfassung nicht mit Details belastet werden solle, habe der Stadtrat einen Gegenvorschlag verfasst, der die Grundsätze regle. Die Details könnten dann im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens breit diskutiert werden. Der Gegenvorschlag bilde dafür eine gute Grundlage. Die Initiative führe zu zahlreichen Problemstellungen, die im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses diskutiert werden müssten (Auswirkungen auf andere Wohnformen, Konsequenz von Eigentumsbeschränkungen, Auswirkungen auf die Infrastruktur/Steuern etc.). 83 % der Churer Bevölkerung verfüge über ein Einkommen unter 80'000 Franken. Für diesen Bevölkerungsteil brauche es einen genügenden Anteil an preisgünstigen Wohnungen. Aus Sicht des Stadtrates sei es möglich, dieses Angebot mit verschiedenen Massnahmen zu schaffen, und dafür müsse künftig mehr getan werden. In der Folge macht der Stadtpräsident Ausführungen zum Gegenvorschlag. Der Begriff „preisgünstig“ beziehe sich auf den betreffenden Wohnungsmarkt und sei objektiv feststellbar. So könne man von Durchschnittspreisen ausgehen und die Preisgünstigkeit einer Wohnung beurteilen. Die Bezahlbarkeit hingegen stelle den Bezug zum Subjekt her. Sei eine Wohnung preisgünstig, könne sie dennoch nicht bezahlbar sein - für solche Fälle sei die Sozialhilfe zuständig. In Absatz 2 sei „stete“ durch „auch“ ersetzt wollen. Die Parallelität der verschiedenen Massnahmen sei damit angedeutet. „Stetig“ sei deshalb ersetzt worden, weil nicht sicher sei, ob dieses Kriterium erfüllt werden könne.

Abstimmungen:

Da neben dem Gegenvorschlag des Stadtrates noch zwei weitere Gegenvorschläge beantragt werden, verfährt der Rat nach Art. 44 Abs. 2 Geschäftsordnung:

- In einer 1. Abstimmung entfallen auf den Antrag des Stadtrates 0, auf den Antrag Hohl 12 Stimmen und auf den Antrag Kappeler 8 Stimmen bei 1 Enthaltung.
- In einer 2. Abstimmung entfallen auf den Antrag Hohl 12 Stimmen und auf den Antrag Kappeler 8 Stimmen bei 1 Enthaltung.

**Schlussabstimmung:**

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Die Volksinitiative "Für mehr bezahlbaren Wohnraum" wird einstimmig bei 1 Enthaltung als rechtsgültig erklärt.
2. Die Volksinitiative "Für mehr bezahlbaren Wohnraum" wird der Volksabstimmung mit 12 Ja- zu 9 Nein-Stimmen zur Ablehnung empfohlen.
3. Der Volksinitiative wird zuhanden der Volksabstimmung ein Gegenvorschlag im Sinne einer Teilrevision der Stadtverfassung gegenübergestellt (11 Ja- zu 10 Nein-Stimmen):

c) Förderung von bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum

Art. 4a (neu)

¹Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von zahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnungen und Gewerberäumen ein.

²Sie sorgt auch für eine Erhöhung der Anzahl Wohnungen, die sich im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern befinden.

5. Auftrag Anita Mazzetta und Mitunterzeichnende für eine kommunale Planung für Anergienetze; Bericht

Antrag

Der Auftrag sei im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

8 Wortmeldungen.

- **Antrag Widmer**

Der Auftrag sei zu überweisen.

**Abstimmung:**

Auf den Antrag des Stadtrates entfallen 0 Stimmen, auf diejenigen von Frau Widmer 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Schlussabstimmung:

Der Auftrag wird mit 16 Ja- zu 5 Nein-Stimmen überwiesen.

6. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

Die Fragen von Michael **Trepp** (Freie Liste Verda) betreffend Registrierung der Top Level Domain (TLD) ".swiss" werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.

Die Fragen von Tina **Gartmann-Albin** (SP) betreffend Stromausfall vom 22. Juni 2015 in der Stadt Chur werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.

Die Fragen von Martha **Widmer-Spreiter** (BDP) betreffend „Midnight Chur, wie weiter?“ werden durch **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** beantwortet.

Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag Oliver Hohl (BDP) und Mitunterzeichnende zur Forcierung der touristischen Vernetzung zwischen Chur, Lenzerheide und Arosa
- Auftrag Susanne von Rechenberg (BDP) und Mitunterzeichnende betreffend Dienststellenwechsel der schulergänzenden Kinderbetreuung



06/2015

- Auftrag Jean-Pierre Menge (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Verankerung des Öffentlichkeitsprinzips in der städtischen Gesetzgebung
- Auftrag FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Umsetzungsstrategie der Kindertagesstätten in Chur
- Auftrag Hans Martin Meuli (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend sparsamer Umgang mit Steuergeldern bei Investitionsprojekten
- Interpellation Jürg Kappeler (GLP) und Mitunterzeichnende betreffend Durchmischung in den Churer Schulhäusern
- Interpellation BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende zu den bestehenden Verkehrskonzepten der Stadt Chur

Chur, 19. Oktober 2015

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Chur
Partida burgais - democratica (PBD) da Cuira
Partito borghese - democratico (PBD) di Coira

Auftrag Oliver Hohl zur Forcierung der touristischen Vernetzung zwischen Chur, Lenzerheide und Arosa

Der Tourismus – als einer der entscheidenden Wirtschaftsfaktoren unserer Region – hat Bedeutung weit über unsere Gemeindegrenzen hinaus. Während in den letzten Jahren vor allem über Strukturen (DMOs, ReTOs) diskutiert wurde, so setzte sich in der Branche mittlerweile durch, dass das grösste Potential in verstärkter Zusammenarbeit und gebündelter Vermarktung kundenorientierter Angebote liegt (vgl. „Das St. Galler Modell für Destinationsmanagement“).

Chur Tourismus verfügt über eine geeignete Strategie, welche aufzeigt, in welche Richtungen sich die Stadt Chur touristisch entwickeln kann und soll. Ein wesentlicher Faktor dahinter sind Kooperationen mit diversen Akteuren. Mit Arosa verbindet Chur die Region Plessur und (noch) der Regionalverband Nordbünden (welcher die Gemeinden verpflichtet, touristisch enger zusammenzuarbeiten). Mit der Lenzerheide (beinhaltet auch die Gemeinde Churwalden) verbindet Chur die rasche Erreichbarkeit und ein allfälliges Entwicklungspotential der Bergbahnen Chur-Dreibündenstein. Die Skigebiete von Arosa und Lenzerheide verbindet seit kurzem die Urdenbahn. Alle Akteure verbindet das Interesse, Kunden zu gewinnen und diesen Kunden eine möglichst breite und vielfältige Dienstleistungspalette anbieten zu können.

Der Kanton forcierte schon im Rahmen der „Tourismusreform 2006 – 2013“ und nun auch mit dem Nachfolger „Kooperationsprogramm im Bündner Tourismus 2014-2021“ das Denken über die Gemeindegrenzen und die Grenzen von Tourismusorganisationen hinaus. Insbesondere in der überregionalen Vernetzung der Vermarktung diverser Angebote (Bsp: Chur als Kultur- und Shoppingzentrum als Ergänzung zu den verschiedenartigen Natursportangeboten in Arosa oder der Lenzerheide) liegt ein erheblicher Mehrwert für den Kunden und entsprechend für den Dienstleister.

Allein ein Blick auf die Homepages (mittlerweile eine der wichtigsten Informationsquellen der Kunden vor dem Buchen) der Destinationen Arosa, Lenzerheide, Lenzerheide-Arosa und Chur Tourismus genügt jedoch, um festzustellen, dass von überregionaler Vernetzung bis auf wenige Ausnahmen heute noch keine Rede sein kann. Ziel müsste doch sein, dass Chur, Arosa und die Lenzerheide in verschiedensten, zahlreichen touristischen Themen in einem Boot sitzen und an einem Strick ziehen.

Da es sich um gewachsene und teilweise blockierte Strukturen handelt, wäre es hilfreich, wenn die Tourismusorganisationen Unterstützung seitens der Gemeinden erhalten würden.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Stadtrat entsprechend im Sinne eines proaktiven Handelns

1. Gespräche mit den wichtigsten touristischen Akteuren (Gemeinden, Bürgergemeinde, Tourismusorganisationen, Anbieter) seitens Lenzerheide und Arosa zu führen, mit dem Ziel, abzuklären, ob eine zunehmende Vernetzung erwünscht ist oder nicht.
2. bei positivem Ausgang der Sondierungsgespräche ein gemeinsames weiteres Vorgehen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zu definieren.
3. den Gemeinderat über die Ergebnisse der Gespräche und das weitere Vorgehen angemessen zu informieren.
4. dem Gemeinderat bis spätestens Ende 2016 erstmalig Bericht zu erstatten

Chur, den 21. September 2015

Oliver Hohl, Fraktionspräsident der BDP Gemeinderatsfraktion



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 08. OKT. 2015

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber



Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☒ Auftrag

☐ Interpellation

Titel Anhang zur Forcierung der touristischen Vernetzung zwischen Chur, Lenzbühl & Arosa

Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☒
☐
☐
☐
☒
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		
Cavegn Hänni Rita	SP	✓	
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	ke	
Decurtins Guido	SP	✓	
Durisch Christian	SVP		
Gartmann-Albin Tina	SP	✓	
Grass Stefan, Ing. HTL	SP	✓	
Hohl Oliver	BDP		OLH
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP	✓	
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	✓	
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		Ad. Meier
Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP	✓	
Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		Andri. Mengiardi
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP	✓	
Nay Beath	SVP	✓	
Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
Trepp Michael	Freie Liste Verda		
von Rechenberg Susanne	BDP		
Widmer-Spreiter Martha	BDP		

Datum: _____

Auftrag Dienststellenwechsel der schulergänzenden Kinderbetreuung

Die kantonale Tagesstrukturverordnung definiert in Art. 2 die Begriffe

- a) Schulträgerschaften: Gemeinden oder Gemeindeverbände, welche die öffentliche Volksschule gemäss Schulgesetz führen
- b) Weiter gehende Tagesstrukturen: Betreuungsangebote der Schulträgerschaften für Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Volksschule

Da in der Stadtschule Chur das Schuldepartement für die Führung der Volksschule zuständig ist, wäre es konsequenterweise auch für die Führung der Kindertagesstätten verantwortlich. Zurzeit liegt die Führung bei den Sozialen Diensten.

Im Betreuungskonzept der Kindertagesstätten werden die Ziele und Handlungsbereiche der Tagesbetreuung durch die Begriffe Bildung, Erziehung und Betreuung definiert. Dafür steht auch die Schule ein.

Um die Arbeitsabläufe effizient zu gestalten, ist die direkte Verbindung von Schule – Kindertagesstätte – Schüler und Eltern wichtig. Diese Verbindung lässt auch gemeinsame Ressourcen nutzen, z.B. die Hausaufgabenbetreuung – ist heute nicht der Fall. Wäre es nicht sinnvoll, wenn Eltern alles was Schule betrifft, inklusive die ausser-schulische Kinderbetreuung, über dieselbe Dienststelle abwickeln könnten?

Die Unterzeichnenden fordern den Stadtrat auf:

Die Abteilung Kindertagesstätte der Sozialen Dienste neu in die Dienststelle Stadtschule zu überführen.

Chur, 8. Oktober 2015


Susanne von Rechenberg



Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☒ Auftrag

☐ Interpellation

 Titel Dienstreckensachverhalt der schulergängenden Kita

 Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☒
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☒
☐

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		
Cavegn Hänni Rita	SP	V	
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	in	<i>[Signature]</i>
Decurtins Guido	SP	f	
Durisch Christian	SVP		
Gartmann-Albin Tina	SP	✓	
Grass Stefan, Ing. HTL	SP	✓	
Hohl Oliver	BDP		<i>[Signature]</i>
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		<i>[Signature]</i>
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		<i>C. Maissen</i>
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	✓	
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		<i>Ad Meier</i>
Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		
Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		<i>[Signature]</i>
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		<i>[Signature]</i>
Nay Beath	SVP		<i>[Signature]</i>
Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
Trepp Michael	Freie Liste Verda		
von Rechenberg Susanne	BDP	sr	<i>S.v.R.</i>
Widmer-Spreiter Martha	BDP	HKO	<i>[Signature]</i>

 Datum: 8. 10. 2015


Stadt Chur

 Eingereicht anlässlich der
 Gemeinderatssitzung vom 08. OKT. 2015

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

Auftrag betr. Verankerung des Öffentlichkeitsprinzips in der städtischen Gesetzgebung

18 Kantone sowie der Bund kennen heute das Öffentlichkeitsprinzip.

Die Erfahrungen in den Kantonen zeigen, dass die mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips befürchteten Nachteile, wie etwa die Beeinträchtigung des Kollegialitätsprinzips und des Meinungsbildungsprozesses innerhalb der Behörden, der Druck der Medien im Vorfeld von Entscheidungsprozessen, die Beeinträchtigung der Privatsphäre, Mehraufwand der Verwaltung und höhere Kosten, weitgehend ausgeblieben sind. Auch der Bund zog bereits in einem ersten Evaluationsbericht von 2009 ein positives Fazit (idheap, Evaluation BGÖ, 24. April 2009). Eine zweite Evaluation des Bundes im Jahr 2014 durch das Politikforschungs- und -beratungsbüro Vatter AG, Bern, zeigte gewisse Defizite in der Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips auf. Eine Minderheit der Behörden hat den Kulturwandel noch nicht vollzogen. Grundsätzlich sind die Behörden aber in der Lage, mit dem Öffentlichkeitsprinzip umzugehen.

Die Regierung des Kantons Graubünden hat dem Grossen Rat eine Botschaft betr. Erlass eines Gesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip (Öffentlichkeitsgesetz, KGÖ) unterbreitet. Im Gegensatz zu den vorerwähnten Kantonen, sind die politischen Gemeinden davon ausgenommen.

Die Gemeinden führen als Argument vor allem die Mehrbelastung an. Hätten sie sich in anderen Kantonen umgehört, wüssten sie jedoch, dass ihre Furcht absolut unbegründet ist: Nirgends ist es zu einer Schwemme von Gesuchen an Gemeinden gekommen, und die meisten Gesuche lassen sich ohnehin mit geringem Aufwand erledigen.

Unter diesen Voraussetzungen erscheint es an der Zeit und angebracht, dass die Stadt Chur eine Vorreiterrolle übernimmt und mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips auf Gemeindeebene mit gutem Beispiel vorangeht. Dass der Stadtrat diesem Ansinnen offen gegenübersteht, zeigt sich auch daran, dass er sich in seiner Stellungnahme zum kantonalen Vernehmlassungsentwurf positiv geäussert hat.

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Gesetzesvorlage zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips auf Gemeindeebene vorzulegen.

Chur, 8.10.2015

Dr. Jean-Pierre Menge



Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☒ Auftrag☐ Interpellation

Titel VERANKERUNG DES ÖFF. PRINZIPIES IN DER
STÄDTISCHEN GESETZGEBUNG

Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☒☐☒☐☐☐☐☐☐☐☐

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		
Cavegn Hänni Rita	SP		R. Cavegn
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	no	
Decurtins Guido	SP		G. Decurtins
Durisch Christian	SVP		
Gartmann-Albin Tina	SP	✓	T. Gartmann
Grass Stefan, Ing. HTL	SP	✓	Stefan Grass
Hohl Oliver	BDP		
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP	✓	
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	✓	A. Mazzetta
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		Adrian Meier
Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		J. Menge
Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
Nay Beath	SVP	✓	
Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
Trepp Michael	Freie Liste Verda		M. Trepp
von Rechenberg Susanne	BDP		
Widmer-Spreiter Martha	BDP	pw	

Datum: _____



Fraktionsauftrag

Chur, 8. Oktober 2015

Umsetzungsstrategie der Kindertagesstätten in Chur

Kindertagesstätten tragen in der heutigen Zeit auch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Der Stadtrat geht von einer wachsenden Nachfrage nach schulergänzender Kinderbetreuung in Chur aus. Der Stadtrat wird aufgefordert, den Handlungsbedarf für die schulergänzende Kinderbetreuung in einer Gesamtschau aufzuzeigen und darzulegen, wie deren Umsetzung pragmatisch und kostengünstig durchgeführt werden kann. Der Stadtrat soll in einem Bericht u.a. was folgt aufzeigen:

1. Umsetzungsplan für die Kindertagesstätten und geplante Massnahmen, um die Umsetzung pragmatisch und kostengünstig durchzuführen
2. Finanzielle Entwicklung der Betriebskosten (exkl. Verzinsung und Abschreibungen) sowie der Gesamtkosten (inkl. Verzinsung und Abschreibungen) total und pro Betreuungsplatz mit Vergleich zu den vom Kanton berechneten Normkosten
3. Aufzeigen von Massnahmen, um die Gesamtkosten
 - a. auf dem jetzigen Niveau zu stabilisieren
 - b. die Kosten pro Betreuungsplatz zu senken
4. Überprüfung Tarife Eltern im Verhältnis zum Beitrag der Stadt Chur und aufzeigen von Finanzierungsvarianten für die Leistungen in den Kindertagesstätten

Hans Martin Meuli
Fraktionspräsident

Dominik Infanger

Andri Mengiardi



Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☒ Auftrag☐ Interpellation

Titel

Umsetzungsstrategie der Kindertagesstätten in Chur

Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☒☐☐☐☒☐☐☐☐☐

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		<i>[Signature]</i>
Cavegn Hänni Rita	SP	✓	
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	<i>KL</i>	
Decurtins Guido	SP	<i>g</i>	
Durisch Christian	SVP	✓	
Gartmann-Albin Tina	SP	✓	
Grass Stefan, Ing. HTL	SP	✓	
Hohl Oliver	BDP	✓	
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		<i>[Signature]</i>
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP	✓	
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	<i>[Signature]</i>	
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		<i>Ad. Meier</i>
Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP	<i>[Signature]</i>	
Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		<i>[Signature]</i>
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		<i>[Signature]</i>
Nay Beath	SVP		<i>[Signature]</i>
Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		<i>[Signature]</i>
Trepp Michael	Freie Liste Verda	✓	
von Rechenberg Susanne	BDP	<i>SR</i>	
Widmer-Spreiter Martha	BDP	<i>P.W.</i>	

Datum:

Chur, 8. Okt. 2015



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 08. OKT. 2015

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

Chur, 8. Oktober 2015

Auftrag

Sparsamer Umgang mit Steuergeldern bei Investitionsprojekten

Immer wieder lassen die Botschaften des Stadtrates den Eindruck erwecken, dass teurer gebaut wird als notwendig. Als Beispiele können hier der kürzlich genehmigte Projektkredit von CHF 0.9 Mio. für einen Platz bei der alten Kunsteisbahn erwähnt werden oder auch der geplante eingeschossige Neubau für eine Kindertagesstätte in der Höhe von CHF 2.6 Mio. Gemäss einem Artikel vom 1. Oktober 2015 in der NZZ zeigen Studien von externen Experten auf, dass v.a. steigende Wünsche der Departemente und Amtsstellen, welche die Infrastruktur benutzen, die Kosten in die Höhe treiben.

Die Unterzeichnenden fordern den Stadtrat auf, auch bei Investitionsprojekten haushälterisch mit den Steuergeldern umzugehen. Der Stadtrat soll in einem Bericht zuhanden des Gemeinderates was folgt aufzeigen:

1. Welches sind gemäss Stadtrat die Kostentreiber für das Bauen (Gesetzgebung, Standards, Wünsche Verwaltung)
2. Aufzeigen von Massnahmen, welche eine kostendämpfende Wirkung auf Investitionsvorhaben im Hoch- und Tiefbau haben, die im Einflussbereich des Stadtrates liegen
3. Aufzeigen von Massnahmen, welche eine kostendämpfende Wirkung auf Investitionsvorhaben im Hoch- und Tiefbau haben, die im Einflussbereich des Gemeinderates liegen
4. Aufzeigen von Massnahmen, welche eine kostendämpfende Wirkung auf Investitionsvorhaben im Hoch- und Tiefbau haben, die eine Volksabstimmung erfordern
5. Berichterstattung über Massnahmen, welche der Stadtrat gewillt ist, umzusetzen bzw. sofern notwendig, Anträge zuhanden des Gemeinderates zu stellen

Hans Martin Meuli



Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

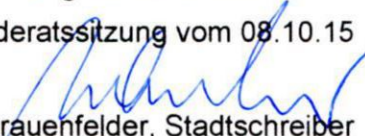
☒ Auftrag☐ InterpellationTitel Sparsamer Umgang mit Steuergeldern bei InvestitionsprojektenErstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
☐	Cahannes Romano	CVP		<i>[Signature]</i>
☐	Cavegn Hänni Rita	SP	✓	
☐	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	10	
☐	Decurtins Guido	SP	✓	
☐	Durisch Christian	SVP	✓	
☐	Gartmann-Albin Tina	SP	✓	
☐	Grass Stefan, Ing. HTL	SP	✓	
☐	Hohl Oliver	BDP	✓	<i>[Signature]</i>
☐	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		<i>[Signature]</i>
☐	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP	✓	
☐	Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
☒	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	✓	
☐	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		<i>[Signature]</i>
☐	Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP	✓	
☐	Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		<i>[Signature]</i>
☒	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		<i>[Signature]</i>
☐	Nay Beath	SVP		<i>[Signature]</i>
☐	Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
☐	Trepp Michael	Freie Liste Verda		
☐	von Rechenberg Susanne	BDP		<i>[Signature]</i>
☐	Widmer-Spreiter Martha	BDP		<i>[Signature]</i>

Datum: Chur, 8. Okt. 2015

Jürg Kappeler
Grünliberale Partei glp

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 08.10.15


Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

Interpellation betreffend Durchmischung in den Churer Schulhäusern

Anfangs Oktober publizierten die Bündner Medien Ergebnisse aus einer Studie der Stadtschule Chur zur Erstsprache sowie zur Maturitätsquote. Daraus geht hervor, dass der Deutschanteil bei den Erstsprachen in den Churer Primarschulhäusern je nach Schulhaus zwischen 40% (Schulhaus Barblan) und 90% (Schulhaus Montalin) variiert. Verschiedene Faktoren wie beispielsweise die aktuelle Zusammensetzung von Kindergartenklassen oder die aktuelle weltpolitische Situation deuten darauf hin, dass der Deutschanteil bei den Erstsprachen in einigen Primarschulhäusern in den nächsten Jahren eher noch kleiner wird.

Aus den Untersuchungen der Stadtschule geht hervor, dass sich nicht nur der Anteil der Erstsprache in den verschiedenen Primarschulhäusern unterscheidet, sondern auch die „Maturitätsquote“. Für das Schulhaus Montalin ist sie mit über 35% am grössten, für das Schulhaus Barblan mit weniger als 10% am niedrigsten.

Gemäss Schuldirektor J. Gruber spielt es für bildungsstarke Schüler keine Rolle, welches Primarschulhaus sie besuchen. Die Chancen, die Kantiprüfung zu bestehen, seien gleich.

Es ist jedoch denkbar, dass sich diese Chancengleichheit bei einer zukünftig weiteren Reduktion des Deutschanteils bei den Erstsprachen ohne weitere Massnahmen verringert.

In diesem Zusammenhang stellen die Interpellanten folgende Fragen:

1. Betrachtet der Stadtrat eine weitere Abnahme des Deutschanteils bei den Erstsprachen als ein Risiko für die Chancengleichheit hinsichtlich des Eintritts in ein Gymnasium?
2. Zieht der Stadtrat Massnahmen wie beispielsweise Abkehr von der Quartierbeschulung, erhöhter Lehrkräfteeinsatz in Schulen mit niedrigem Deutschanteil als Erstsprache, Aufbau eines „Elitezugs“ für bildungsstarke Schüler etc. in Betracht?
3. Welche anderen Massnahmen plant der Stadtrat umzusetzen?
4. Wird der Stadtrat einen entsprechenden Bericht mit einem Entwurf zur zukünftigen Strategie der Stadt Chur als Fazit zuhanden des Gemeinderates erarbeiten, sofern sich die oben gestellten Fragen (noch) nicht einfach beantworten lassen?

Chur, 08.10.15 / JK



Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☐ Auftrag☒ Interpellation

Titel

Durchmischung in den Churer Schulhäusern

Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)☐☐☐☐☐☐☐☐☐☒☐☒☐☐☐☐☐☐☐☐☐

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		<i>[Signature]</i>
Cavegn Hänni Rita	SP	✓	
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	re	
Decurtins Guido	SP		
Durisch Christian	SVP		
Gartmann-Albin Tina	SP	✓	
Grass Stefan, Ing. HTL	SP	✓	
Hohl Oliver	BDP	✓	
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		<i>[Signature]</i>
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		<i>[Signature]</i>
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		<i>[Signature]</i>
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		<i>[Signature]</i>
Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		
Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP	✓	
Nay Beath	SVP	✓	
Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		<i>[Signature]</i>
Trepp Michael	Freie Liste Verda		<i>[Signature]</i>
von Rechenberg Susanne	BDP		<i>[Signature]</i>
Widmer-Spreiter Martha	BDP	HW	

Datum: _____



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Chur
Partida burgais - democratica (PBD) da Cuira
Partito borghese - democratico (PBD) di Coira

Stadtschreiber
 Eingereicht anlässlich der
 Gemeinderatssitzung vom 08. OKT. 2015

Interpellation BDP zu den bestehenden Verkehrskonzepten der Stadt Chur

Im Gemeinderat wurde bei Vorstössen zu Verkehrsprojekten in der Stadt Chur schon verschiedentlich gefordert, dass diese im Gesamtkonzept der Verkehrspolitik der Stadt Chur beurteilt werden. Während im Bereich Chur Süd in den letzten Jahren zwangsläufig und zu Recht investiert wurde und ab Ende 2015 mit erheblichen Verbesserungen zu rechnen ist, wäre es der BDP Fraktion des Gemeinderates wichtig, einen Überblick über noch bestehende Schwachstellen im Verkehrsnetz und die mittelfristig geplanten Massnahmen der Stadt Chur zu bekommen.

Aus Sicht der BDP Fraktion erscheinen insbesondere 3 Themenbereiche als beachtenswert, zumal der vierte, die Hochbrücke St. Luzi primär ein Thema des Kantons Graubünden ist. Diese sind:

1. Autobahnanschluss Chur Nord

Siehe Auftrag BDP Fraktion und Mitunterzeichnende zur Verkehrsverflüssigung beim Anschluss Chur Nord. Der Stadtrat informierte den Gemeinderat, dass nach Vollendung des Anschlusses Chur Süd die Verkehrsflüsse beobachtet werden und anschliessend mit den Eigentümern (AST-RA und Kanton) weitere Massnahmen besprochen werden.

2. Durchgangsverkehr Chur City

Durch die Entlastung des Postplatzes von einem grossen Teil des Busverkehrs wäre es zumindest zu überlegen, mit welcher Verkehrsführung der Postplatz ganz oder zumindest in grossen Teilen vom Durchgangsverkehr befreit werden könnte und welche Massnahmen dazu nötig wären, zumal eine im Grossrat thematisierte Tunnellösung aufgrund hoher Kosten auf den ersten Blick unverhältnismässig teuer scheint.

3. Durchgehende Giacomettistrasse als Entlastung der Ringstrasse

Die Forderung nach einer durchgehenden Giacomettistrasse (2. Ring) ist nicht neu und erhält aufgrund der sehr geringen Wahrscheinlichkeit eines Anschlusses Chur Mitte und in Verbindung mit einem allfälligen Anschluss Chur Nord neue Aktualität.

Daher stellt die BDP Fraktion dem Stadtrat folgende Fragen und bittet den Stadtrat um einen Einblick in den mittelfristigen Horizont der Planung:

1. In wie fern existiert in Chur ein übergeordnetes Verkehrskonzept und wie häufig wird dies überarbeitet?
2. Wie sieht der Fahrplan des Stadtrates in Bezug auf den Anschluss Chur Nord aus?
3. Ist die weitgehende Verkehrsbefreiung des Postplatzes für den Stadtrat ein Thema und welche Alternativen werden dabei allenfalls verfolgt?
4. Spielt eine durchgehende Giacomettistrasse in den Überlegungen des Stadtrates eine Rolle?
5. Wo sieht der Stadtrat aktuell weitere Verkehrs-Brennpunkte und wie plant er diese mittelfristig zu lösen?

Chur, den 21. September 2015

Oliver Hohl

Fraktionspräsident, BDP Gemeinderat

Martha Widmer-Spreiter

BDP Gemeinderätin

Susanne von Rechenberg

BDP Gemeinderätin



Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☐ Auftrag☒ Interpellation

Titel

Interpellation zu den bestehenden Verkehrskonzepten der Stadt Chur

Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)☐☐☐☐☐☐☐☒☐☐☐☒☐☐☐☐☐☐☐☒☒

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		
Cavegn Hänni Rita	SP	V	
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP		
Decurtins Guido	SP		Murks
Durisch Christian	SVP		
Gartmann-Albin Tina	SP	✓	
Grass Stefan, Ing. HTL	SP	V	Stefan Grass
Hohl Oliver	BDP		O. Hohl
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP	✓	
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	✓	
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		A. Meier
Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		J. Menge
Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
Nay Beath	SVP		
Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
Trepp Michael	Freie Liste Verda		
von Rechenberg Susanne	BDP		S. von R.
Widmer-Spreiter Martha	BDP		M. Widmer

Datum: _____